

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Ungarn 2016

Nach einer Pressemitteilung vom 25.05.2016 von Amnesty International hat sich fast die Hälfte der Mitgliedsstaaten der EU über das EU-weite Waffenembargo gegenüber Ägypten hinweg gesetzt, obwohl dort Waffen unter anderem auch für erzwungenes „Verschwindenlassen“ und Folter eingesetzt werden. Folgende Staaten lieferten oder vermittelten seit 2013 Waffen an Ägypten: Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Spanien, Großbritannien.

Am 23.09.2016 berichtet Todor Gardos, Balkan Researcher für Amnesty International, er sei am Tag des angeblichen „Massenangriffs“ durch Migranten an der Grenze bei Roszke gewesen. Amnesty dokumentierte dort chaotische und verzweifelte Szenen, sowie den Einsatz exzessiver Gewalt durch Polizisten und Grenzbeamte.

Nach einer Pressemitteilung vom 27.09.2016 berichteten von Amnesty interviewte Flüchtlinge, welche über die serbische Grenze nach Ungarn gelangt waren, von exzessiver Polizeigewalt seitens der ungarischen Polizei, welche die Flüchtlinge wieder nach Serbien zurückdrängte. Die Flüchtlinge seien geschlagen, getreten und von Hunden gejagt worden.

Ein unbegleiteter 17jähriger berichtet, einem Mann sei durch den Tritt eines Polizisten der Fuß gebrochen worden.

Personen, die früher im Kiskunhala Flüchtlingslager (welches Amnesty nicht besuchen darf) untergebracht waren, berichten auch dort von Gewalt seitens der Polizei und der

Sicherheitskräfte. Ein Afghane erzählt Amnesty von mindestens 30 Menschen, die dort abseits der Überwachungskameras geschlagen wurden.